

Der Freisinn



Nr. 11
November 1988
10. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 250 31 11

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Kontraproduktiv – nach innen und aussen

Kleinbauerninitiative mit zahlreichen Fussangeln

Die sogenannte Kleinbauerninitiative war seinerzeit mit finanziellem Sukkurs des Grossverteilers Denner AG zustande gekommen und im Februar 1985 eingereicht worden. Der Bundesrat empfiehlt sie ohne Gegenvorschlag zur Verwerfung.

Der Ständerat hat ihr in der Junisession 1988 eine Abfuhr erteilt, und die grosse Kammer dürfte ebenfalls keinen Geschmack daran finden. In diesem Sinne hat sich bereits die vorberatende Kommission ausgesprochen; sie will jedoch einen Gegenvorschlag. Das Geschäft steht auf der Traktandenliste des Nationalrates in der Dezembersession. Indessen hat das Begehren einen verführerischen Namen – «für ein naturnahes Bauern – gegen Tierfabriken» – und damit gleichsam einen Meinungsbildungsvorsprung. Problematisch ist es dennoch um so mehr, als es mit den ausschliesslichen Schutzansprüchen für so bezeichnete «bäuerliche Betriebe» faktisch in vielen Fällen im Widerspruch zu der geltenden und weitherum anerkannten Agrarpolitik steht. Das dokumentiert schon der Umstand, dass die Verwirklichung des Vorhabens zahlreiche Aufstockungsbetriebe namentlich in den Hügeln gebieten in ihrer Existenz gefährden würde. Auch aus diesen Gründen ist der Schweizerische Bauernverband gegen die Initiative.

Landwirtschaftskapitel der «Uruguay-Runde»
Kontraproduktiv wären aber auch die ausserwirtschaftlichen

Folgen. Man muss in diesem Zusammenhang die Schwerpunkte der seit Herbst 1986 laufenden «Uruguay-Runde» im Rahmen der Welthandelsorganisation Gatt bedenken, wo die Sanierung des internationalen Agrarhandels mehr Gewicht hat als je. Die Schweiz ist an einer solchen Sanierung, die vor allem den Wildwuchs der Exportsubventionen beseitigen soll, ihrerseits interessiert; denn oft genug ist sie zum Schaden ihrer Landwirtschaft das Opfer beliebiger Dumpinglieferungen aus dem Ausland geworden. Darüber hinaus hat sie ihr landwirtschaftliches Sonderstatut im Gatt zu verteidigen, das sie vor rund einem Vierteljahrhundert dank einer klugen Handelsdiplomatie durchzusetzen vermochte.

Gefährdetes Gatt-Sonderstatut

Tatsächlich waren es landwirtschaftliche Interessen gewesen, die den schweizerischen Vollbeitrag zur Welthandelsorganisation recht lange verzögerten. Um den Preis gewichtiger Liberalisierungskonzessionen auf anderen Gebieten gelang es damals schliesslich, die weitere Anwend-

barkeit ausschlaggebender interner Agrarrechtserlasse zu erwirken. Insbesondere konnten auf Grund des Landwirtschaftsgesetzes, des Alkohol- und des Getreidegesetzes sowie des Aussenwirtschaftsrechts mengenmässige Einfuhrbeschränkungen für Agrargüter beibehalten werden, ebenso bestimmte Importabgaben in Form von Preis- oder Zollzuschlägen.

Dies bedeutete einen völkerrechtsverbindlichen Dispens von den generellen Gatt-Liberalisierungsverpflichtungen, die grundsätzlich auch für den Landwirtschaftshandel gelten. Allerdings sah die Gatt-Satzung von Anfang an Ausnahmen vor, die jedoch an Bedingungen gebunden wurden. Importkontingente blieben nur dann zulässig, wenn sie mit internen Produktionsbeschränkungen gekoppelt waren, und Ausfuhrbeihilfen durften keine Erweiterung der jeweiligen Weltmarktanteile zur Folge haben. Im schweizerischen Gatt-Beitrittsprotokoll wurde festgehalten, dass die zugestandenen Dispensregeln an die damals bestehenden internen Gesetzesgrundlagen gebunden bleiben müssten.

Vergeltungsmassnahmen provozieren?

In eben dieser Norm liegt nun die Fussangel des handelspolitischen Teils der Kleinbauerninitiative. Diese möchte nämlich das landwirtschaftliche Aussenhandelsregime von Grund auf verändern. Vor allem sollen jegliche Einfuhrberechtigungen an ein striktes Leistungssystem gebunden werden (pauschale Verpflichtung der

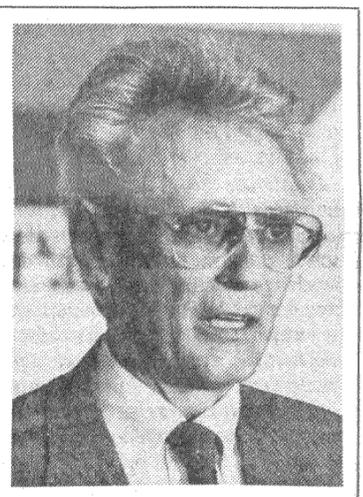
Fortsetzung auf Seite 2

Aus der Präsidentialansprache von Ständerat Hunziker

Vertrauen in Bundesrätin Kopp – Erwartungen an Bundesrat Delamuraz

In seiner Präsidentialansprache an der jüngsten ausserordentlichen Delegiertenversammlung der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) nahm Ständerat Dr. Bruno Hunziker (Aarau) auch zur Diskussion um die Asylpolitik sowie zum Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft (EG) Stellung. Nachstehend Auszüge aus seinen Ausführungen:

Vor kurzem hat der Bundesrat seinen «Bericht über die Stellung der Schweiz im europäischen Integrationsprozess» veröffentlicht. Ich halte diesen für eine ausgewogene und fundierte Grundlage für die im Parlament und in der Öffentlichkeit zu führende Diskussion. Einig zu gehen ist mit der Hauptfolgerung des Berichtes, wonach ein schweizerischer EG-Beitritt auf absehbare Zeit vor allem aus staats- und neutralitätspolitischen Gründen nicht in Frage kommt. Die Zielsetzung der schweizerischen Europapolitik ist deshalb auf eine aktive und konstruktive Zusammenarbeit mit der EG auszurichten. Dies vor allem im Bereich des Zugangs zu dem für 1992 angekündigten EG-Binnenmarkt. Ich bin mir bewusst, dass dieser schweizerische Weg auch mit wirtschaftlichen Risiken verbunden ist. Diese werden aber um so geringer sein, je stärker die schweizerische Wirtschaft bleibt. Deshalb ist der Sicherung liberaler Rahmenbedingungen zur Erhaltung von Wettbewerbsfähigkeit und Leistungskraft der schweizerischen Wirtschaft höchste Priorität beizumessen. Im übrigen möchte ich vor dem Irrglauben warnen, unser Land stehe vor der Alternative EG oder Welthandel. Nach meiner Ansicht haben sich die europäische und die weltweite Komponente der schweizerischen Aussenwirtschaft gegenseitig zu ergänzen. Mit dem Bundesrat gehe ich einig, dass die Schweiz ihre «Europafähigkeit» zu fördern hat. Dies darf jedoch nicht mit «EG-Hörigkeit» gleichgesetzt werden. Unser Land hat seine Autonomie zu wahren, wo entscheidende Interessen spezifi-



Die Unterstützungsworte von FDP-Präsident Hunziker an die Adresse von Bundesrätin Elisabeth Kopp wurden von den freisinnigen Delegierten mit einem als demonstrativ zu bezeichnenden Applaus aufgenommen.

sche schweizerische Lösungen erfordern.

Partei bereitet sich vor

In Anbetracht der Bedeutung dieses Problems hat die Geschäftsleitung der Partei eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe Aussenwirtschaftspolitik eingesetzt. Diese wird von Ständerat Kaspar Villiger präsiert. Sie kann sich dabei auf Vorarbeiten abstützen, die der ebenfalls von ihm präsierte Wirtschaftsausschuss unserer Partei bereits im Jahre 1986 geleistet hat.

Das Thema EG wird unseren Volkswirtschaftsminister, Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz,

Fortsetzung auf Seite 4



Dreimal Nein: So lauteten die an einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz gefassten Parolenbeschlüsse zu den drei am 4. Dezember zur Abstimmung gelangenden Initiativen. (Photo ruti)

Abstimmungsparen der FDP der Schweiz für die eidgenössische Volksabstimmung vom 4. Dezember

- Stadt-Land-Initiative
- Initiative «zur Herabsetzung der Arbeitszeit»
- Initiative «für die Begrenzung der Einwanderung»

**NEIN
NEIN
NEIN**

Jugoslawien am Scheideweg

Tito legte Zeitbombe

Als Josip Broz, genannt Tito, 1980 starb, hinterliess er dem Vielvölkerstaat eine Zeitbombe. Diese droht nun zu explodieren. Ein Bericht von Jacques Baumgartner:

Um die Herausbildung eines neuen Diktators zu verhindern, änderte Tito schon 1974 die Verfassung dahin, dass die Führungspositionen der «Sozialistischen Bundesrepublik» jährlich von einer anderen Person zu besetzen seien. Das Rotationsprinzip als Klammer, um die Nation zusammenzuhalten, funktionierte, solange Tito lebte.

Doch der legendäre Partisanenführer legte damit den Grundstein für die Spaltung der Partei, des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ). Der BdKJ ist heute eine lose Koalition von acht verschiedenen kommunistischen Parteien, und zwar sowohl auf nationaler als auch auf Bundesebene.

Talwärts

Es herrscht nahezu ein Krieg aller gegen alle, in dem sich die religiösen Gegensätze zwischen Katholi-

ken, Orthodoxen, Muslimen, mit den nationalen Gegensätzen zwischen Kroaten (4,42 Mio.), Makedoniern (1,34), Montenegrinern (5 778 000), Albanern (1,8), Serben (8,13), Slowenen (1,75), Jugoslawen (1,22; Bürger ohne «ethnischen Stamm») vermischen und bis anhin schlummernde alte Leidenschaften, Fanatismus, gar Hass wecken. Es gibt 80 000 Slowaken, 430 000 Ungarn, bulgarische, tschechische, italienische, türkische Minderheiten und 150 000 Roms (Zigeuner).

Seit Titos Tod geht es wirtschaftlich stetig talwärts. Die Auslandsverschuldung beträgt derzeit 21 Mia. Dollar. Die Inflation steht bei 217 und die Arbeitslosigkeit bei 15 Prozent. Tiefgreifende Reformen wurden bis anhin nicht oder nur halbherzig durchgeführt.

Verzicht aufs Monopol?

Eine marktwirtschaftliche Ausrichtung bzw. Politik wäre notwendig, um aus der Krise zu gelangen. Das bedingte allerdings – das gleiche gilt für den Perestrojka genannten «Umbau» der Sowjetunion –, dass der BdKJ auf sein Monopol verzichtet.

Kroatien und Slowenien sind die reichsten, wirtschaftlich am weitesten entwickelten Republiken. Sie blicken westwärts und

sind politisch sozialdemokratisch «gefärbt».

Kroaten und Serben misstrauen sich von altersher. Tito glaubte, die Ängste in seiner kroatischen Heimat zerstreuen zu können, als er innerhalb Serbiens die autonomen Provinzen Kosovo und Wojwodina schuf. Technisch gehören die Provinzen zu Serbien, doch in der Praxis geniessen sie dieselben Rechte wie die Republiken.

Serbische Sorgen

Der Funke entzündete sich in Kosovo, wo die Albaner die Serben verdrängen. Diese Provinz ist die Wiege der serbischen Kultur, die Geburtsstätte des mittelalterlichen Gross-Serbiens. Den latenten Nationalismus stachelt und nutzt der serbische Parteichef, Sloban Milosewitsch, für seine eigenen politischen Ambitionen.

Die serbischen Ängste und Sorgen scheinen begründet. 1981 betrug der serbische Bevölkerungsanteil in Kosovo noch dreizehn Prozent. Heute ist er unter zehn Prozent gefallen. Im September entsandte Milosewitsch tausend Mann einer paramilitärischen Polizeieinheit nach Kosovo. Die Albaner befürchten nun, über die Provinz könnte der Kriegszustand verhängt werden. Derweil haben die Serben bewaffnete Bürgerwehren gebildet.

Jugoslawien könnte der erste Staat sein, der dem Kommunismus bald Valet sagt, und das jugoslawische Beispiel könnte ansteckend wirken. Die nach dem Zweiten Weltkrieg auf Jalta festgelegte «Ordnung» in Europa, die Teilung des Kontinents in zwei Blöcke, könnte auseinanderbrechen.



Zur Initiative «zur Herabsetzung der Arbeitszeit» kreuzten auf Initiative des FDP-Präsidenten Gilbert Coutau (lib., GE) und die freisinnige Zürcher Volksvertreterin Vreni Spoerry-Toneatti als Gegner, Gesprächsleiter Didier Burkhalter, Dr. Volker Kind, stv. Direktor des Biga, der die Haltung der Landesregierung in Vertretung des verhandelnden Bundesrates Jean-Pascal Delamuraz darlegte, sowie von Seiten der Befürworter Ruth Dreifuss, Sekretärin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, und Nationalrat Ernst Leuenberger (SP, SO). (Photo ruti)

Gebührenbefreiung ist entgegenzukommen.

● eine direkte Unterstützung des Spitzen- und Leistungssports könnte möglich sein, sofern die entsprechenden Mittel budgetierbar und kontrollierbar sind.

Das Beispiel der Ad-hoc-Kommission «Sport» der Basler FDP zeigt deutlich, dass solche Gremien innerhalb der Kantonal-

aber auch der Lokalparteien gute Arbeit leisten, denn nicht immer hat der Sport in den Parteileitungen die entsprechende «Lobby», und auch in der Exekutive arbeitende Parteimitglieder, die sich mit Fragen und Problemen des Sports zu befassen haben, sind froh, wenn sie auf den Rat eines Fachgremiums zurückgreifen können.

Auf der Basis einer Verfassungsänderung wollen die jugoslawischen Kommunisten ihre Meinungsverschiedenheiten entschärfen. Ende Oktober waren sie sich einig, dass politische und wirtschaftliche Reformen unumgänglich seien.

Im Mittelpunkt der angestrebten Verfassungsänderungen stehen zehn Punkte, die sich auf die gesellschaftliche Ordnung beziehen und bisherige verfassungsmässige Hindernisse aus dem Weg räumen sollen, die einer Hinwendung zur Marktwirtschaft im Wege stehen.

So wurde der Eigentumsbegriff neu definiert. Personen und Unternehmen ist es jetzt möglich, Aktien in Firmen zu erwerben und Profite aus diesen Aktien zu erzielen. Bisher war festgelegt, dass man ausschliesslich aus seinem Arbeitseinkommen zu leben habe. Neu können Ausländer in Jugoslawien investieren und eigene Firmen und Banken gründen.

Es ist die Rede von einem «friedlichen Übergang vom Sozialismus zum Kapitalismus», allerdings nur im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Ordnung. Es bleibt beim Monopol der Partei, das durch ein Machtvakuum im Zentrum geprägt ist.

Die politischen Meinungsverschiedenheiten wurden unter den Tisch gekehrt. Über politische Reformen soll erst nächstes Jahr gesprochen werden.

Fortsetzung von Seite 1

Importeure zur Übernahme von Inlandware). Es sollen aber auch mehr oder minder willkürlich direkte Einfuhrverbote verfügt werden können.

Eine solche «Reform» wäre nicht nur Gatt-widrig; sie könnte auch schwerwiegenden Vergeltungsmassnahmen des Auslandes gegen agrarische und andere Ausenhandelsinteressen der Schweiz Tür und Tor öffnen. Und das ausgerechnet in einer Zeit, in der die verbrieften schweizerischen Agrarhandelsprivilegien – nicht zuletzt wegen unseres gestiegenen Selbstversorgungsgrades – von unseren Welthandelskontrahenten in zunehmendem Mass angefochten werden. Im ganzen sind es viele Titel, unter denen die Kleinbauern-Initiative anzufechten ist; die handelspolitische Komponente hat dabei ihr eigenes Gewicht.

FDP und Sport

Basel als Beispiel

Braucht es innerhalb einer Kantonalpartei einen Sportausschuss? Der Sport – was immer man auch unter dieser Kultursparte versteht – hat doch mit Politik nichts zu tun. Sport ist doch ganz und gar apolitisch... Falsch! Auch der Sport kommt ohne Politik nicht aus, wie immer er sich auch zu ihr stellt. Dies die Meinung von Max Pusterla, die er nachstehend erläutert:

Es gehört deshalb zu den Aufgaben einer politischen Partei, sich auch des Sports anzunehmen, ihn zu fördern. Dazu dient ihr vorzugsweise ein Sportausschuss, der aus Personen zusammengesetzt werden sollte, die sich im Sport auskennen, die eine unmittelbare Beziehung zum Phänomen Sport haben. Fauteuilsporler und einseitige Vereinsfans sind nicht unbedingt die richtigen Leute. Hingegen gehören aktive Sportler – es gibt auch solche, die sich für Politik interessieren –, Verbands- und Vereinsfunktionäre, Sportlehrer und Angestellte jener Staatsstellen, die in irgendwelcher Verbindung mit dem Sport stehen, in die Sportausschüsse der Parteien.

Der «Niedergang» der beiden Basler Stadtklubs in den Sparten Fussball und Eishockey, verbunden mit der stets zunehmenden Verschuldung, bewog die Basler FDP, im Januar 1987 eine Ad-hoc-Kommission «Basler Sportpolitik» einzusetzen, ging es doch darum festzustellen, ob sich die «Politik» in die Probleme der notleidenden Sportvereine einmischen soll oder nicht. Es ging aber auch darum zu wissen, wie auf eine entsprechende Anfrage zu reagieren sei. Denn der Ruf nach staatlicher Unterstützung der marodierenden Vereine wurde laut und lauter...

Das Blättern in der Mitgliederkartei förderte bereits im ersten Durchgang rund ein Dutzend Namen von Parteimitgliedern zutage, die mit dem Sport in enger Verbindung standen oder noch stehen. So war es relativ einfach, eine Kommission «Sportfragen» ins Leben zu rufen, zu aktivieren und zu motivieren. Nach einigen internen Besprechungen wurde mittels eines Podiums bereits der Schritt in die Öffentlichkeit getan, um dem «Volk» den Puls zu fühlen und damit Bestätigung oder Ablehnung der inzwischen erarbeiteten Thesen zu erfahren.

Die erarbeiteten Thesen – sie haben natürlich vor allem für den Platz Basel Gültigkeit – wurden mehr oder weniger erhärtet:

● Es ist vordringliche Aufgabe des Staates, dem Sport die benötigte Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.

● Dem Begehren von Verbänden und Vereinen auf weitestgehende

Im Interesse der Landwirtschaft

FDP begrüsst Botschaft zum bäuerlichen Bodenrecht

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) begrüsst – wie aus einem am 19. Oktober publizierten Communiqué hervorgeht – die Vorschläge des Bundesrates für ein neues Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht. Diese bilden nach Ansicht der Partei eine gute Grundlage für die parlamentarische Beratung. Insbesondere kommen sie den berechtigten Anliegen der Landwirtschaft entgegen, schaffen aber dennoch einen gewissen Interessenausgleich.

Die Zusammenfassung der Materie in einem Gesetz wird von der FDP auch deshalb befürwortet, weil damit ein Beitrag zum Abbau der Normendichte geleistet wird. Der Gesetzesent-

wurf bringt eine unterstützenswerte Weiterentwicklung des bisherigen Rechts. Er steht damit im krassen Gegensatz zu der am 4. Dezember zur Abstimmung gelangenden sogenannten Stadt-Land-Initiative mit ihren teils unabsehbaren, teils verheerenden Folgen gerade auch für die Landwirtschaft. Die FDP erinnert zudem daran, dass das neue bäuerliche Bodenrecht auf der Linie des sechsten Landwirtschaftsberichtes liegt. Bedeutsam erscheint der Partei die anvisierte angemessene Bevorzugung des Selbstbewirtschafters wie die Unterstützung des Leitbildes des Familienbetriebes. Die Vorlage zielt zudem auf die Erhaltung leistungsfähiger Landwirtschaftsbetriebe ab.

Wer steht unter welchem Druck?

SP-Nationalrätin stellt sich bloss

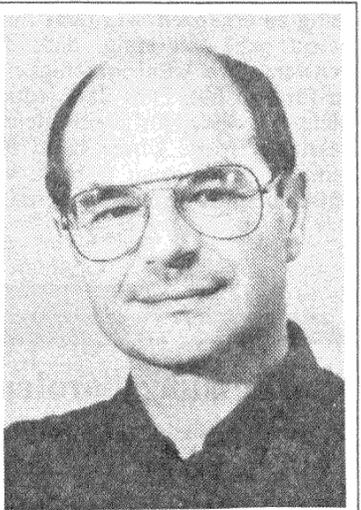
Die überparteiliche Zusammenarbeit der dem schweizerischen Parlament angehörenden Frauen sei durchaus möglich, sagte die Berner SP-Nationalrätin Gret Haller in einem Interview. Aber doch nur schon bei der AHV-Revision sehe sie immer mehr Grenzen dieser Zusammenarbeit, «weil einzelne bürgerliche Politikerinnen von ihren Parteien so sehr unter Druck gesetzt werden, dass sie keinen wirklich frauenfreundlichen Standpunkt mehr vertreten können». Diese bürgerlichen Kolleginnen versuchten dann, «eben unter diesem Druck abgeschwächten Positionen zum Durchbruch zu verhelfen».

Diese Aussagen zeugen zum einen von wenig Sachverstand und sind zum andern eine Beleidigung für die anvisierten bürgerlichen Politikerinnen. Von wenig Sachverstand zeugen die Ausserungen deshalb, weil die AHV ein viel zu komplexes Problem ist, als dass es nur unter dem Aspekt der Frauenrenten und -rechte gelöst werden könnte. Schliesslich ist dieses grosse Sozialwerk nicht nur ein Verteilungsproblem. Es

müssen auch Prämien geleistet werden, und vor allem: seine Finanzierung erfordert eine florierende Wirtschaft. Allein um die jetzigen Leistungen der AHV zu erhalten, bedarf es in den nächsten Jahren eines durchschnittlichen realen Wachstums unserer Wirtschaft von zwei Prozent. – Ist es nun einer bürgerlichen Politikerin denn nicht erlaubt, sich auch über solche Aspekte Gedanken zu machen und dazu Stellung zu nehmen?

Beleidigend ist die Behauptung, nicht mit den Hallerschen Auffassungen einig gehende Frauen täten dies bloss, weil sie «unter Druck ihrer Parteien» ständen. Wer – beispielsweise – je Diskussionen etwa in der FDP-Fraktion erlebt hat, weiss wie abgewogen werden muss und wie schwer es oft ist, die richtige Lösung zu finden. Frau Haller könnte denn auch nicht einen einzigen Fall nennen, bei dem eine freisinnige Parlamentarierin nicht aus eigener Einsicht, sondern – nach dem Weltbild Frau Hallers – quasi als fremdbestimmtes und manipuliertes Stimmvieh entschieden hätte.

Helvetia



Max Pusterla, Chefredaktor TIP Sportmagazin, Mitglied der FDP Arbeitsgruppe Sport, 1980-1986 Präsident des Verbandes Schweizer Sportjournalisten, J+S-Leiter, Mitglied Geschäftsleitung Basler FDP.



Zur Eröffnung spielt die Musikgesellschaft Jegenstorf.

Bundesrätin Elisabeth Kopp im Abstimmungskampf

Eindringlicher Appell gegen die Fremdenfeindlichkeit

Kirchgemeindesaal Jegenstorf, Donnerstag, 27. Oktober 1988, 19.45 Uhr. «Michelle, ma belle...» spielt die Dorfmusik, Beatles statt Bernermarsch. Ein Bericht von Franz Neff.

Bis auf den letzten Stuhl ist der untere Teil des Saales bereits besetzt. Die Zuschauer haben gar nicht bemerkt, dass Bundesrätin Kopp plötzlich mitten im Saal steht. Bundesräte pflegen ihre Auftritte nicht wie französische Präsidentschaftskandidaten zu inszenieren. Trotzdem erhält auch Elisabeth Kopp einen herzlichen Applaus zur Begrüssung.

Bühnenreife Panne

Von einem historischen Anlass spricht der Parteipräsident. Nie wieder werde eine Bundesrätin zum erstenmal in Jegenstorf auftreten können. Diese tritt nun ans Rednerpult, rückt ihre Lesebrille zurecht, will zur Begrüssung ansetzen und bemerkt nach den ersten Worten, dass die Lautsprecheranlage nicht funktioniert. «Können Sie mich hören?» Der Parteipräsident springt auf, eilt hinter die Bühne. Einige Lichter gehen aus. Schrille Pfeiftöne misshandeln das Publikum. «Eins, zwei, eins, zwei...» Nein, die Lautsprecheranlage streikt endgültig. Dann werde sie ihr Referat ohne Verstärkeranlage vortragen,



Mit Agenda 1989

Kennen Sie das FDP-Portefeuille? Es ist aus bestem Anilinleder (bordeauxfarbig) und mit vielen Einsteckfächern für Ausweise, Photos, Kreditkarten usw. versehen; und dazu noch der FDP-Agenda für das kommende Jahr.

Ich bestelle Ex. FDP-Portefeuille (inkl. Jahresagenda 1989) à Fr. 44.-, plus Verpackungs- und Versandkosten.

Name/Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Unterschrift _____

Datum _____

Bitte in Blockschrift ausfüllen und senden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern.



Bundesrätin Kopp im Gespräch mit dem Präsidenten der Kantonalberner FDP, Rolf Schneider.

tröstet Elisabeth Kopp den entnervten Parteipräsidenten.

Bessere Rezepte für die Bodenpolitik

Mit knappen Worten umreist Elisabeth Kopp die Ziele der «Stadt-Land-Initiative gegen die Bodenspekulation». Anders als dies ein Parlamentarier dürfte, argumentiert sie gegen die über das Ziel hinauschiessenden Absichten der Initianten. Wir alle seien schliesslich für eine breite Streuung des Eigentums an Grund und Boden, gegen die Verteuerung des Wohnraums und der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Die Initiative orientiere sich aber viel zu sehr am Eigengebrauch, lasse beispielsweise die Möglichkeiten eines jungen Geschäftsinhabers oder Bauern ausser acht, dessen Startkapital selten auch noch zum Kauf einer Liegenschaft ausreichen würde.

Trotz dem Nein zur Initiative nahmen Bundesrat und Parlament die bodenpolitischen Anliegen ernst. Es habe sich in der letzten Zeit tatsächlich eine wenig erfreuliche Entwicklung des Bodenproblems abgezeichnet. Aber auch der eben vorgestellte Entwurf eines bäuerlichen Bodenrechts biete Lösungswege, ohne die Eigentumsordnung völlig um-



Der herzliche Dank für den Besuch in Jegenstorf, abgestattet von zwei Trachtendamen sowie dem Präsidenten der lokalen FDP-Sektion, Ulrich König.

zukrempeln. Sie stehe mit voller Überzeugung hinter der Vorlage, meint die Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, auch wenn in den Medien kritisiert werde, man habe dem Entwurf mit dem Wechsel vom Bewilligungs- zum Einspracheverfahren die Zähne gezogen.

Sachlichkeit...

«Sie bemerken, dass ich einige Seiten meines Manuskripts überspringe, ich käme nämlich lieber bald mit Ihnen ins Gespräch.» Nirgendwo sei das Verhältnis zwischen Einheimischen und Ausländern völlig frei von Spannungen. Gerade die Schweiz habe aber wie kaum ein anderes Land gestern und heute von den Fremden lernen und profitieren können. Auch gegen die Volksinitiative «für die Begrenzung der Einwanderung» ficht Elisabeth Kopp mit feiner Klinge.

Als Bundesrätin darf man auch eine besonders ungeliebte Vorlage nicht einfach in der Luft zerfetzen. Trotzdem, es bleibt kein guter Faden an dieser Initiative, die im Falle einer Ja-Mehrheit die Schweiz in arge Schwierigkeiten bringen könnte. Auch die gegenwärtigen asylpolitischen Probleme würden nicht gelöst. Diese Fragen seien von der 6. Überfremdungsinitiative strikte zu trennen. Es käme kein einziger Asylbewerber weniger in unser Land.

... und Emotionen

Wer macht vom Recht Gebrauch, der Bundesrätin eine Frage zu stellen? Vorerst beherrschen hergeraute Aktivisten vom äussersten rechten Parteispektrum die Szene. Die Stimme der schweigenden Mehrheit würde sich nun erheben, rufen sie rhetorisch gekonnt in den Saal. Hemmungslos unterbrechen sie die Bundesrätin, die sehr sachlich, aber natürlich nicht in ihrem Sinne antwortet. Die Voten der Rednerinnen und



Ein Autogramm, bitte.

Redner drohen gehässig und endlos zu werden. Geduldig wartet Frau Kopp das Ende des Redeschwalls ab, um nun ihrerseits zu einem eindringlichen Appell gegen die Fremdenfeindlichkeit und die schweizerische Igelhaltung anzusetzen. Ein langer und ausgesprochen warmer Applaus erlöst den Saal von der unangenehmen Stimmung. Der Abend kann neu beginnen.

Ein Bauer steht auf. Er würde gerne Land kaufen. 30 Franken

Freisinnige Vorschläge zu Bodenrecht und Raumplanung

Mehrpunkteprogramm für den Boden

Mit gezielten Massnahmen und einem mehrere Punkte umfassenden Programm will die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) die Bodenproblematik lösen.

Dazu gehören die Verbesserung der qualitativen und quantitativen Ausnutzung der Bauzonen sowie deren rechtzeitige und haushälterische Erschliessung und Überbauung. Mittels planerischer und fiskalischer Massnahmen ist das Funktionieren des Baulandmarktes sicherzustellen. Bekämpft werden soll die Baulandhortung. Selbstbewirtschaftern will die Partei gegenüber anderen Interessenten am Landwirtschaftsboden eine Vorzugsstellung einräumen. Mit dem Instrument der Fiskalpolitik soll ferner eine haushälterische Nutzung des Bodens und eine breite Eigentumsstreuung unterstützt und nicht behindert werden.

Dieses Mehrpunkteprogramm zur Boden- und Raumplanungspolitik wurde von der Geschäftsleitung der Partei gutgeheissen. Es ist das Teilergebnis einer von Nationalrat Dr. Urs Scheidegger (Solothurn) präsidierten Arbeitsgruppe, die liberale Vorstellungen in den Bereichen Bodenrecht/Raumplanung/Wohneigentumsförderung zu entwickeln hat. Nach Ansicht der FDP haben der Wettstreit um das knappe Gut Boden und die damit verbundenen enormen Preissteigerungen Formen angenommen, die bedenklich stimmen. Der Bedeutung des Bodens als Lebensgrundlage, Ernährungsbasis sowie Rohstofflieferant werde häufig keine Rechnung getragen und der Boden als gewöhnliches, reproduzierbares Konsumgut behandelt.

Nach Auffassung der FDP soll auf unserem Boden jede Nutzung ihre angemessene Berücksichtigung finden. Diese Nutzungsvielfalt ist durch eine auf die Bedürf-

nisse von Bevölkerung und Wirtschaft ausgerichtete Raumplanung sicherzustellen. Die Verteilung des Bodens und seiner Nutzung ist soweit als möglich marktwirtschaftlichen Instrumenten zu überlassen. Als Ziel ihrer Politik strebt die FDP einen haushälterischen Umgang mit dem Boden sowie eine breite Streuung des selbstgenutzten Eigentums an Grund und Boden, die Schonung natürlicher Landschaften und Erholungsräume und den Schutz und die Verbesserung der Wohnqualität der Siedlungen an. Gewicht legt die Partei ebenso auf die Erhaltung von genügend geeignetem Landwirtschaftsboden wie der Gewährleistung einer guten Wohnversorgung und der Sicherstellung der nötigen Gewerbe- und Industrieflächen an geeigneten Standorten.

In ihrem Massnahmenpaket verlangt die FDP im weiteren, dass das Anlage- und Bewertungsverhalten der institutionellen Anleger so beeinflusst wird, dass die Boden- und Liegenschaftsmärkte entlastet und der Eigentumsförderung nutzbar gemacht werden. Dieses Ziel will sie durch Anpassung der geltenden Vorschriften sowie entsprechende Aufsichtsmassnahmen erreichen. Kantone und Gemeinden fordert die Partei auf, durch entsprechende Planungsmassnahmen und eine aktive Bodenpolitik die Voraussetzungen für die Wohneigentumsförderung - beispielsweise auch auf genossenschaftlicher Basis - zu verbessern. Die FDP erwartet zudem, dass Kantone und Gemeinden einen verstärkten Beitrag zur Behebung des Vollzugsdefizits im Bereich der Raumplanung leisten.



Ein Umtrunk nach dem offiziellen Teil gab jedermann die Gelegenheit, ein Gespräch mit der Bundesrätin zu führen. (Photos ruti)

kosten der Quadratmeter in dieser Gegend. Das könne er sich nicht leisten. Er sei auch nicht für die Initiative, möchte aber wissen, wie lange er noch auf ein griffiges Bodenrecht warten müsse. Frau Kopp rechnet, dass etwa in drei Jahren das soeben vom Bundesrat verabschiedete Bodenrecht in Kraft treten dürfte.

Ein anderer Zuschauer will erfahren, in welche Richtung die Revision des Raumplanungsgesetzes ziele. Bauland solle zügiger erschlossen werden, antwortet Frau Kopp, und das Landwirtschaftsland müsse besser geschützt und vom Siedlungsgebiet getrennt werden. Mit der Schaffung von Übergangszonen könne die Landwirtschaftszone auch ein wenig vom Preisdruck entlastet werden. Und noch etwas, bemerkt Elisabeth Kopp zum Schluss, sie spre-

che nun als ehemalige Gemeindepräsidentin, nicht der Bund könne Baureglemente und Bauordnungen verändern. Das sei Sache der Gemeinden.

Boesch
Gartenbau 01 53 04 80
Unsere Stärke
grüne Werke

Fortsetzung von Seite 1

noch während einiger Jahre beschäftigt. Es wird in seinem an Dossiers reichen Departement nicht das ungewichtigste sein. Das Geschäft bedingt Fingerspitzengefühl sowohl gegen innen wie gegen aussen. Gegen innen ist unsere Bevölkerung davon zu überzeugen, dass die Schweiz auf dem Weg ins nächste Jahrtausend keine Insel mehr ist. Gegen aussen wird zu erläutern sein, dass die Schweiz auf Grund historisch gewachsener Strukturen und insbesondere wegen des Grundsatzes der immerwährenden Neutralität besondere, ihren Möglichkeiten angepasste Lösungen zu suchen hat. Ich zweifle nicht daran, dass unser Volkswirtschaftsminister, Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, als politisches Urtalent mit dem Gespür für das Mach- und Realisierbare diese schwierige Aufgabe mit Bravour lösen wird.

Asylpolitik als Dauertraktandum

Kaum vergeht ein Tag, ohne dass mit neuen Stellungnahmen zur Asylpolitik aufwartet wird. Unbestreitbar herrscht Verunsicherung und zum Teil sogar unverhohlener Ärger über die die Erwartungen übersteigende Zunahme von Asylbewerbern. Dass die Probleme – insbesondere jenes der Unterbringung – von einem Teil der Medien noch akzentuiert werden, ist weder den zuständigen Behörden noch den Asylbewerbern hilfreich, die letztlich die Leidtragenden sind.

Auch wenn gegenwärtig Probleme bestehen, besteht kein An-

lass, die Lage zu dramatisieren. Während in den letzten Jahren rund jeweils 10 000 Asylanträge gestellt wurden, werden es dieses Jahr voraussichtlich um die 14 000 sein. Die meisten der Gesuchsteller werden früher oder später die Schweiz wieder zu verlassen haben, da sie keine für die Asylgewährung relevanten Gründe vortragen können. Die Zahl der Asylbewerber ist zudem mit jener der Wohnbevölkerung von 6,5 Millionen insgesamt und jener der ausländischen von einer Million in Relation zu stellen. Gerade mit Blick auf diese Zahlen besteht kein Grund zur Panik.

Auf die plötzlich veränderte Situation hat der Bundesrat auf Antrag des zuständigen Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes (EJPD) rasch und in angemessener Weise reagiert. EJPD und Gesamtbundesrat haben zum Ausdruck gebracht, dass sie – entgegen anderslautenden Äusserungen – nicht nur bereit sind zu führen, sondern sich auch ihrer politischen Verantwortung in der Asylfrage bewusst sind. Nachdem die Zahl der illegal Einreisenden zugenommen hat und Asylanträge zum grössten Teil aus wirtschaftlich motivierten Gründen gestellt werden, ist es unabdingbar, dass die Schweiz als Asylland für unechte Flüchtlinge noch mehr an Attraktivität verliert. In diesem Sinne sind denn die vom Bundesrat getroffenen Massnahmen ein Schritt in die richtige Richtung. Dazu gehören insbesondere die Schaffung von Bundeszentren sowie das Arbeitsverbot. Mit der vorgesehenen beschleunigten Behandlung offenkundig missbräuchlich gestellter Asylanträge ist zudem eine konsequente Ausreise- und Ausschaffungspraxis für abgewiesene Asylbewerber sicherzustellen.

Asyldossier = Mensch

Zur Meisterung der gegenwärtigen Situation ist der Bund, auch wenn dieser nun in eigener Regie Empfangsstellen einrichten will, auf die Unterstützung durch alle angewiesen. Dazu bedarf es der Bereitschaft zur solidarischen Übernahme von Verantwortung durch Kantone und Gemeinden. Mit gegenseitiger Schuldzuweisung werden keine Probleme gelöst. Sie verschlechtern nur das ohnehin schon angespannte Klima. Das Sankt-Florians-Prinzip, das in diesen Tagen die politische Maxime zu bilden scheint, hat hinter die gesamteidgenössische Solidarität zurückzutreten. Nur so kann das heutige Problem gelöst werden, ohne dass eidgenössische Umgangsformen Schaden nehmen und ein Problem, das lösbar ist und in dessen Mittelpunkt

Hans Rüegg zum Siebzigsten



Am 29. November 1988 wird alt Nationalrat Hans Rüegg, ein typischer Vertreter der zielstrebigen und der Öffentlichkeit gegenüber pflichtbewussten schweizerischen Unternehmergeneration der Nachkriegszeit, siebzig Jahre alt. Wir möchten uns dem grossen Reigen der Gratulanten anschliessen und dem Jubilar viele weitere Jahre erfolgreichen Wirkens mit der nötigen Musse für seine Hobbies wünschen.

Vor etwas mehr als zwei Jahren konnte die Federnfabrik Baumann und Cie AG Rütli auf

ihr 100jähriges Bestehen zurückblicken. Dipl. Ing. ETH Hans Rüegg zeichnet in weitem Masse für die Entwicklung dieses ein-stufigen Familienbetriebs zu einer der im Fachbereich grössten Firmen Europas mit Zweigbetrieben in andern Ländern des Kontinents und in Übersee verantwortlich. Heute noch Präsident des Verwaltungsrates, hat er vor einiger Zeit die aktive Geschäftsführung seinem Sohn übertragen.

Der Zürcher Oberländer Industrielle kann nicht nur auf berufliche Erfolge zurückblicken. Geprägt vom sozialen Verantwortungsbewusstsein des Unternehmers, hat er nicht nur in der eigenen Firma gewirkt, sondern auch in einer Reihe von Berufsorganisationen. Vorab als Vorstandsmitglied und jahrelanger Präsident des Arbeitgeberverbandes schweizerischer Maschinen- und Metall-Industrieller (ASM) hat er praktische Sozialpartnerschaft an vorderster Front gelebt. Seinerzeitige Erneuerung des Friedensabkommens und zahlreiche partnerschaftliche Vereinbarungen tragen mit seine Handschrift sozialer Aufgeschlossenheit.

Hans Rüegg kann auf eine hervorragende und erfolgreiche

politische Karriere zurückblicken. Wo er als Politiker auftrat, hatte er auch da in kürzester Zeit ein gewichtiges Wort mitzureden. Merkpunkte seiner politischen Etappen führen über das Mandat eines Zürcher Kantonsrates (1955-1972) zum Präsidenten der FDP des Kantons Zürich und in den Nationalrat (1971-1983). Auch auf der Ebene der nationalen Politik stellte und stellt sich Hans Rüegg der Partei zur Verfügung. Die FDP der Schweiz ist ihm ganz besonders dankbar für sein Mitwirken in wichtigen Gremien.

Wenn der Politiker Hans Rüegg ruhigen Schrittes und gelassen durch die Vorzimmer des Nationalrats schritt, strahlte er mit seinem gewinnenden Lächeln Offenheit aus. Wer mit ihm in näherem Kontakt steht, weiss aber auch von seiner zielgerichteten Entschlossenheit. Er verkörpert wahrlich jene Politik, die Resultate bringt. Die Art und Weise seines Handelns aber ist von der Toleranz des echten Liberalen gekennzeichnet. Hans Rüegg, eine Persönlichkeit, die Effizienz und Menschlichkeit gepaart verkörpert.

Hans Rudolf Leuenberger

Wo und wie Immissionsgrenzwerte messen?

In der Luftreinhalteverordnung des Bundes ist nicht festgelegt, wie und wo die Messungen für die Bestimmung der Immissionsgrenzwerte vorgenommen werden müssen. Aus diesem Grunde will Nationalrat Ernst Cincera vom Bundesrat wissen, nach welchen Kriterien diese Messungen vorzunehmen sind. Der freisinnige Zürcher weist in der Begründung eines entsprechenden Vorstosses darauf hin, dass weder über Messstandorte noch über Zahl der Messstellen irgendwelche Richtlinien vorliegen und in der Folge bei der Aufnahme dieser Werte in der Praxis nach sehr uneinheitlichen Kriterien vorgegangen wird.

PSYCHOLOGISCHE MANAGEMENT-BERATUNG

E. Arpagaus
Dipl. Psych., a. Personaldirektor

Bearbeitung von Personal-, Ausbildungs- und Führungsfragen
Betriebs- und Marktpsychologie
Persönliche Beratung, Gesprächspartner von Führungskräften

Hirschengraben 3, 8001 Zürich
Telefon (01) 252 93 30

Beratung und Verkauf



Wir sind täglich im und am Liegenschaftsmarkt aktiv – profitieren Sie von unserer Erfahrung!

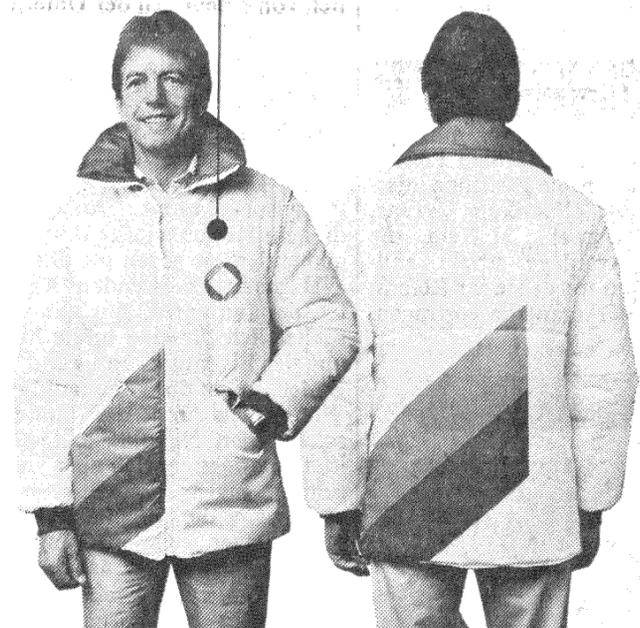
SPALTENSTEIN AG
IMMOBILIEN
Siewerdstrasse 8, 8050 Zürich
Telefon 01/316 13 33

Spaltenstein

FDP-Sportjacke: Noch wenige Exemplare

Von den beliebten FDP-Sportjacken haben wir in der Grösse S noch einige wenige Exemplare. Wir geben sie deshalb vergünstigt zu Fr. 50.- ab! Die FDP-Sportjacke gibt warm, hat abnehmbare Ärmel und kann darum auch als Gilet getragen werden. Zwei grosse Aussentaschen und eine Innentasche machen sie praktisch. Die Jacke lässt sich problemlos in der Waschmaschine waschen.

Mit der FDP-Sportjacke sind Sie auch in diesen kalten Tagen wohlbehütet.



Ich bestelle . . . Sportjacke(n), Grösse S à Fr. 50.- (plus Porto und Verpackung)

Name _____
Vorname _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____

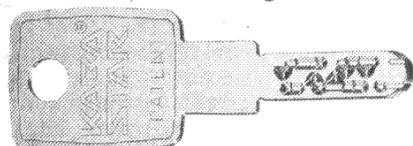
Talon einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern.

Garten- und Landschaftsarchitekten, Erdbauingenieure

Spross

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62



Für detaillierte Informationen wenden Sie sich an Ihren Schloss-Spezialisten oder an die Bauer Kaba AG, Postfach, CH-8620 Wetzikon, Tel. 01/9316111, Telex 875481, Telefax 01/9316385.

KABA®

Der Schlüssel zu Ihrer Sicherheit.

Für detaillierte Informationen wenden Sie sich an Ihren Schloss-Spezialisten oder an die Bauer Kaba AG, Postfach, CH-8620 Wetzikon, Tel. 01/9316111, Telex 875481, Telefax 01/9316385.

Darum Nein zur Arbeitszeit-Initiative

Arbeitspolitik mit dem Holzhammer?

Die 40-Stunden-Woche wird in einigen Branchen in absehbarer Zeit eingeführt oder ist schon verwirklicht. Da liegt der Schluss scheinbar nahe, die gewerkschaftliche Initiative «zur Herabsetzung der Arbeitszeit» liege im Trend und sei deshalb zu bejahen. Doch dieser Schluss ist ein Kurzschluss und zielt an den Realitäten der schweizerischen Verhältnisse vorbei, wie FDP-Nationalrat Richard Reich (Forch ZH) aufzeigt.



Die heutige Situation ist gekennzeichnet durch die gesetzliche Verankerung von wöchentlichen Höchstleistungszeiten, die für die verschiedenen Wirtschaftsbereiche unterschiedlich angesetzt sind. So gelten zum Beispiel für industrielle Betriebe maximal 45 Stunden und für alle Sektoren ohne Sonderregelung 50 Stunden. Die Bundesbeamten ihrerseits haben gemäss Gesetz über das Dienstverhältnis der Bundesbe-

amten noch 42 Stunden zu arbeiten.

Wider die Tradition

Unter diesem bereits stark differenzierten Plafond von Maximalzeiten mit Einschluss von Mindestferienansprüchen hat sich in unserem Lande die Praxis eingestellt, dass die Regelung der Arbeitszeit von den jeweiligen Sozialpartnern ausgehandelt wird. Diese Tradition hat sich glänzend bewährt und ist ein wesentlicher Grund für den Arbeitsfrieden und damit für die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Auf dieser Basis ist allein in den letzten 15 Jahren in sämtlichen Branchen eine kontinuierliche Reduktion der Arbeitszeit erfolgt. Die gute Wirtschaftslage hat wesentlich dazu beigetragen, dass die durchschnittliche Stundenzahl in diesem Zeitraum von 45,1 auf 42,5 Stunden gesenkt werden konnte.

Der Hauptvorteil der geltenden Praxis liegt darin, dass sie flexibel ist und sich den jeweiligen berufsständischen, regionalen und konjunkturellen Verhältnissen optimal anpassen kann. Eine lineare Reduktion, wie sie diese Initiative anstrebt, könnte sicherlich von einem Teil der Unterneh-

mer verkraftet werden, obwohl die finanziellen Auswirkungen der 40-Stunden-Woche von insgesamt 10 Milliarden Franken eine Verschlechterung der internationalen Konkurrenzfähigkeit mit sich brächte, die gerade im härter und härter werdenden Kampf um die europäischen Märkte alles andere denn erwünscht wäre. Für eine Vielzahl von Betrieben aber hätte die gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche geradezu katastrophale Folgen.

Fahrlässige Strukturbereinigung

Besonders betroffen wären weite Bereiche des Gewerbes. Im Gastgewerbe zum Beispiel sind die Rationalisierungsmöglichkeiten weitgehend ausgeschöpft. Es müsste mit Betriebsschliessungen in grosser Zahl gerechnet werden. Hart betroffen würden auch Bau- und Transportgewerbe. Und die Landwirtschaft sähe sich gezwungen, auf eine Erhöhung des Paritätslohns von 9 Prozent zu pochen, was für Steuerzahler und Konsument rund 250 Millionen Franken ausmachen würde. Insgesamt wären es vor allem die Klein- und Mittelbetriebe, welche die Zeche zu bezahlen hätten.

Bei Annahme der Initiative würde damit in der schweizerischen Wirtschaft auf geradezu fahrlässige Weise eine «Strukturbereinigung» eingeleitet, die in ihren Auswirkungen letztlich nicht nur die gesamte Wirtschaft, sondern auch die Konsumenten treffen würde. Bleiben wir also beim bisherigen System der flexiblen sozialpartnerschaftlichen Lösungen auf Vertragsbasis. Ein klares Nein zur Initiative hält den Weg weiterhin offen für eine Arbeitszeitpolitik nach Mass, welche die jeweiligen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer einer Branche nach wie vor auf bestmögliche Weise auszugleichen vermag.

Stadt-Land-Initiative löste Bodenprobleme nicht

Untaugliches Mittel

Die Volksabstimmung über die sogenannte Stadt-Land-Initiative fällt nach Ansicht von FDP-Nationalrat Christian Wanner, Messen SO, in eine Zeit, in der das Bodenproblem weite Kreise unserer Bevölkerung beschäftigt. Er begründet seine Haltung nachstehend:

Um ein immer knapper werdendes Gut streiten sich viele Interessenten. Die Folgen sind bekannt: Innert kurzer Zeit haben die Bodenpreise eine Steigerung erfahren, die vor wenigen Jahren kaum jemand geahnt hätte. Dadurch gewinnen wenige und verlieren viele. Leute, die zum Eigenbedarf Eigentum erwerben, die Gemeinden, die oft tatenlos zusehen müssen, wie junge, am Ort aufgewachsene Leute ausziehen, weil es an Wohnmöglichkeiten fehlt, die Landwirtschaft, die die ureigene Produktionsgrundlage, den Boden, gefährdet sieht.

Zwei Hauptgründe für ein Nein

In diesem Zusammenhang hat es wenig Sinn, über allfällig gemachte Fehler zu streiten. Um so gebieterisch drängt sich die Gestaltung der Zukunft auf. Dabei sei der Zielkonflikt einer breiten Eigentumsstreuung und des häuslicheren Umgangs mit dem Boden nicht verschwiegen. Verdichtete Bauweise und bessere, Ausnützung der bestehenden Bausubstanz müssen noch besser, als dies heute der Fall ist, Eingang finden. In diese Situation fällt die Abstimmung über die sogenannte Stadt-Land-Initiative. Auf den ersten Blick scheint sie Lösungsansätze für die bestehende Problematik anzubieten. Bei näherem Zusehen werden



hingegen die Pferdefüsse rasch sichtbar.

Zwei Gründe sind es, die mich bewegen, diese Initiative klar abzulehnen.

● Der Kulturlandverbrauch wird nicht eingeschränkt, im Gegenteil, er könnte sich als noch grösser erweisen. Jeder Erwerber muss Eigengebrauch nachweisen. Dadurch wird das flächensparende verdichtete Bauen behindert. Im Gegensatz dazu wird der Einfamilienhausbau begünstigt, der eindeutig mehr Fläche beansprucht.

● Die Bindungen zwischen Familie und Grundeigentum gingen weitgehend verloren. Findet sich in der eigenen Familie kein Selbstbewirtschafter, so muss der Hof bei Erbteilung zum doppel-

«Wohnungsnot»

Anmerkungen aus der Sicht eines Praktikers

In jüngster Zeit haben sich verschiedene Personen und Organisationen zum Thema «Wohnungsnot» vernehmen lassen. Wissen diese wohl, was «Wohnungsnot» heisst? Meinen sie damit die Situation in Russland, wo Familien-jahrelang auf einer Warteliste stehen, um am Schluss zusammengepfercht in ein bis zwei Räumen ein Dach über dem Kopf zu haben?

In der Schweiz ist der Leerwohnungsbestand etwas zurückgegangen. Das ist noch lange keine Wohnungsnot, sondern der Beweis dafür, dass die nach wie vor hohe alljährliche Wohnungsproduktion anhalten darf. Das heisst, dass die privaten Bauträger weiterhin das Risiko auf sich nehmen dürfen, Millionenwerte in Häuser zu verbauen, weil die Vermietung einigermaßen sicher ist und die Errichtung weiterer Wohnungen einem Bedürfnis entspricht. Bei den Genossenschaften, die preisgünstige Wohnungen mit staatlicher Hilfe bauen, besteht ohnehin kein Vermietungsrisiko.

Wenn schon von «Not» die Rede ist, dann wäre eher von

einer Baubewilligungsnot zu sprechen. Aus allen Kantonen sind die Klagen zu hören, dass man innert nützlicher Frist keine Baubewilligung mehr erhält. Die Gesetzes- und Verordnungsflut, der Ausbau des Einsprache- und Prozesswesens und zuweilen auch die Meinung des lieben Nachbarn, man könne die schöne Aussicht für sich allein pachten, führen zu viel zu langen Bewilligungsverfahren. Nicht selten liegen sich staatliche Stellen gegenseitig in den Haaren, um den Wortlaut der Spezialgesetze und den Vorrang des einen oder andern Gesichtspunktes auf Kosten des Bauherrn durchzukämpfen. Darum feiern heute nicht wenige die Baubewilligung so, wie man früher Aufträge feierte. Denn für die Bauleute ist es bald leichter, ein Haus zu erstellen, als für den Bauherrn, innert nützlicher Frist eine Baubewilligung zu erhalten. In dieser Beziehung könnte man am ehesten von «Wohnungsnot» sprechen.

Dr. Alex Wili, Kriens
Präsident des Verbandes liberaler Baugenossenschaften

ten Ertragswert an einen fremden Selbstbewirtschafter verkauft werden. Das ist für die Betroffenen unzumutbar und liegt nicht einmal im Interesse der Pächter.

Taten nach dem Nein

Mit der Ablehnung der sogenannten Stadt-Land-Initiative ist es jedoch nicht getan. Die heutige Situation im Bereich des Bodens ist mittel- oder langfristig eine ernstzunehmende Gefahr für das Grundeigentum schlechthin. Dann nämlich, wenn aus den erwähnten Gründen, zu einem späteren Zeitpunkt, eine Mehrheit eine Lösung beschliessen würde,

die mit dem Grundsatz des Privateigentums kaum mehr etwas gemeinsam hätte. Aus diesem Grunde brauchen wir ein neues bürgerliches Bodenrecht mit echten Chancen für den Selbstbewirtschafter und ein revidiertes Raumplanungsgesetz. Hier sind Bundesrat und Parlament gefordert. Taten sind gefragt im Interesse eines vernünftig verstandenen Eigentumsbegriffes. Gesellschaftspolitische Experimente, und mögen diese teilweise gut gemeint sein, sind ein Weg in die Sackgasse und verdienen eine klare Ablehnung durch Volk und Stände.

Fakten zur Wohnungsversorgung

Die sogenannte «Stadt-Land-Initiative» möchte die Spekulation mit dem Bau- und Landwirtschaftsland bekämpfen. Die Spekulation treibe die Mietzinsen in die Höhe und verteuere das Bauland dermassen, dass sich der «Normalbürger» kein Hauseigentum mehr leisten könne, heisst es. Dass diese Hypothesen nicht stimmen, dass die Wohnungsversorgung in der Schweiz im Gegenteil sowohl quantitativ wie qualitativ und auch im internationalen Vergleich einen Spitzenrang einnimmt, kann anhand von unwiderlegbaren Wirtschaftsdaten klar zum Ausdruck gebracht werden.

Mietpreisentwicklung und Teuerung

(Indexstand jeweils im November, Basis September 1977 = 100)

Jahr	Alle Wohnungen	Neue Wohnungen (nach 1947 erstellt)	Landesindex der Konsumentenpreise
1977	99,9	99,4	101,1
1978	100,0	98,3	100,8
1979	100,4	97,8	106,0
1980	102,9	99,4	110,5
1981	110,7	106,2	118,2
1982	120,5	114,7	125,1
1983	123,6	116,6	127,3
1984	126,9	118,7	131,1
1985	131,7	122,0	135,2
1986	136,2	125,2	135,1
1987	139,9	127,4	137,9

Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS), Mietpreisindex, Landesindex der Konsumentenpreise

Spitzenposition

Die quantitative Wohnungsversorgung in der Schweiz muss als hervorragend bezeichnet werden. Unterdeneuropäischen Staaten nimmt die Schweiz eine Spitzenposition ein.

Wohnungsversorgung im internationalen Vergleich (Stand 1985)

Land	Wohnungen je 1000 Einwohner	Personen pro Wohnung
Dänemark	477	2,1
Schweiz	453	2,2
Frankreich	444	2,3
DDR	443	2,3
Österreich	415	2,4
Bundesrepublik	411	2,4
Belgien	405	2,5
Spanien	398	2,5
Grossbritannien	393	2,5
Finnland	385	2,6
Luxemburg	383	2,6
Norwegen	374	2,7
Niederlande	372	2,7
Tschechoslowakei	367	2,7
Ungarn	361	2,8
Bulgarien	353	2,8
Malta	336	3,0
Island	335	3,0
Jugoslawien	290	3,4
Polen	287	3,5
Zypern	279	3,6
Irland	278	3,6

Quelle: European Marketing Data and Statistics, Euro-monitor Publications Limited 1987

Eidg. Volksabstimmung vom 4. Dezember

Nein

zur sogenannten Stadt-Land-Initiative, weil sie verhängnisvolle Folgen vor allem für Mieter und Pächter hätte. Denn Miete und Pacht würden praktisch verunmöglicht. Ebenso würde der Erbgang eingeschränkt.

Nein

zur Initiative „zur Herabsetzung der Arbeitszeit“, weil sie die bewährte Sozialpartnerschaft aushöhlt. Sie nimmt zudem keine Rücksicht auf regional und branchenmässig unterschiedliche Bedürfnisse.

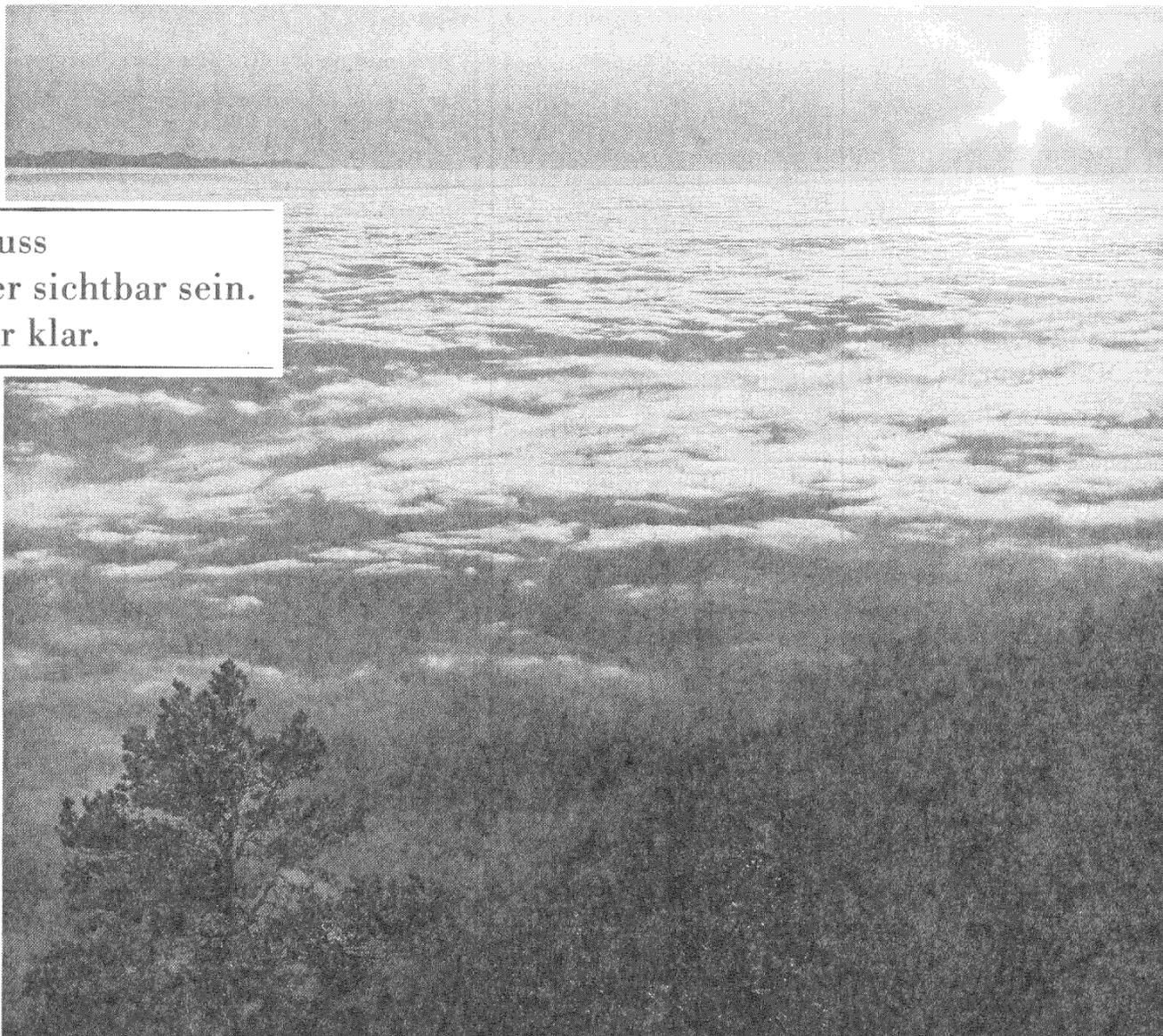
Nein

zur Initiative „für die Begrenzung der Einwanderung“, weil sie unmenschlich ist und negative Folgen für unsere Volkswirtschaft hätte. Zudem käme nach einer Annahme der Initiative kein einziger Asylantrag weniger in die Schweiz.

FDP

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

Das Ziel muss
nicht immer sichtbar sein.
Aber immer klar.



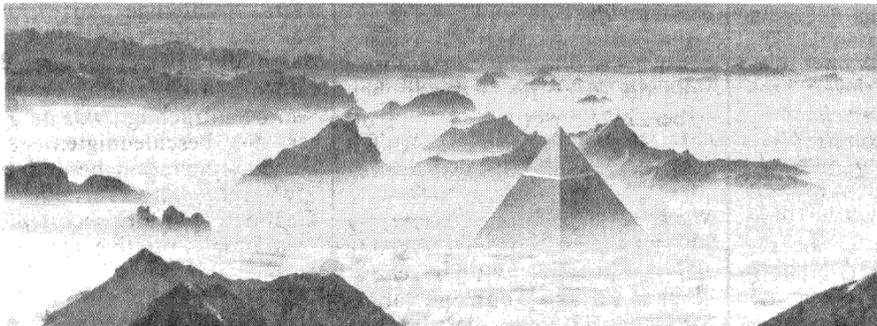
Andy Steiner

Ein Ziel vor Augen haben heisst nicht, dass man es immer sehen muss. Entscheidend ist, dass man weiss, wo es liegt, damit der Weg daraufhin definiert werden kann: In der Vermögensverwaltung sind längerfristige Zielsetzungen und präzises Formulieren der Anlagestrategien gefragt. Im persönlichen Gespräch zwischen Ihnen und uns. So dass wir den gemeinsamen, richtigen Weg auch dann nicht aus den Augen verlieren, wenn die Sicht einmal beeinträchtigt ist.

BANK VONTOBEL
Zürich

persönlich – professionell
Bank J. Vontobel & Co. AG,
Bahnhofstrasse 3, CH-8022 Zürich,
Schweiz, Tel. 01 488 7111.
Vontobel USA Inc.,
450 Park Avenue, New York, N.Y.
10022, USA, Tel. (212) 415-7000.

SKA-Anlage-Service  plus®



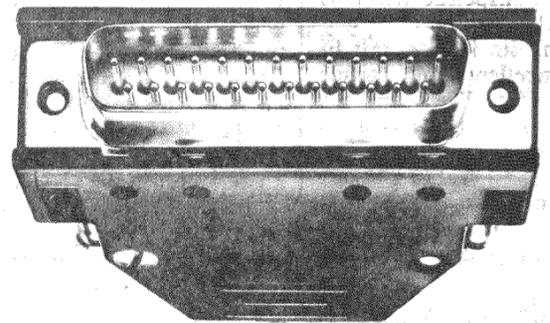
Überblick.
Mit dem SKA-Anlage-Service plus.

Als privater oder institutioneller Anleger können Sie vom SKA-Anlage-Service plus Mehrleistungen erwarten: mehr persönliche Beratung, mehr Engagement, mehr internationale Präsenz und MEHR ÜBERBLICK DURCH MEHR INFORMATION. Dieses Plus an Leistung zeichnen wir mit der Pyramide aus, dem Symbol für das Streben nach Höherem, für Stabilität, Sicherheit und Wissen.

Mehr Überblick garantieren zum Beispiel unsere direkten Verbindungen zu allen wichtigen Finanzplätzen der Welt. Zu Spezialisten an allen Börsen. Und zu Partnern wie der Credit Suisse First Boston. Überblick verschaffen Ihnen Ihr persönlicher Berater und das professionelle Management. Nicht zuletzt dank unserem Informationssystem Credit Suisse on line, das Sie mit Informationen über Ihre Anlagen und mit Finanz- und Wirtschaftsdaten aus der ganzen Welt versorgt. Durch diesen Überblick treffen Sie Ihre Entscheide mit der Sicherheit fundierter und vollständiger Information.



Schliessen Sie an!



**Ihre Schnittstelle
zu modernster
Elektronik. Im Dienste der
Industrie, der Sicherheit, des
Menschen...**

Wo immer auf der Welt gemessen, geregelt, gesteuert und kontrolliert wird, helfen unsere mikroelektronischen Baugruppen und Geräte bei der Lösung vielfältiger und kniffliger Aufgaben. Unsere Elektronik-Entwickler haben das notwendige Know-how, reiche Erfahrung und nutzen modernste Fertigungsmethoden. Den jahrelangen zuverlässigen Betrieb aller ELESTA-Produkte sichert Ihnen unsere internationale Marktorganisation mit Präsenz in jedem Industrieland.

- Beispiele aus dem ELESTA-Engagement:
- ELESTA-Regelsysteme für Heizung, Klima und Lüftung bis hin zum umfassenden Gebäudemanagement.
 - ELESTA-Relaisstechnik für sicheres Schalten und Optosensoren für fehlerfreies Erfassen und Melden.
 - ELESTA-Positionsanzeigen für präzise Messung, werkstattgerecht und kommunikationsfähig mit PC's.
 - ELESTA-Dickfilmschaltungen für höchste Zuverlässigkeit auf kleinstem Raum.
 - ELESTA-Technische Kunststoffteile für anspruchsvollen Einsatz.



Elesta AG Elektronik
Elastastrasse, CH-7310 Bad Ragaz
Telefon 085-9 02 02, Telex 855 855
Telefax 085-9 56 76

Elesta Electronique SA
5, rue Centrale, CH-1003 Lausanne
Téléphone 021-20 70 61
Télex 24 165, Téléfax 021-22 49 82



Ihr Ferienverbesserer

Liberalen Grundsätze für eine rechtliche Regelung

FDP und Fortpflanzungsmedizin

Die Geschäftsleitung der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) hat im Sommer 1987 eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe damit beauftragt, eine liberale Stellungnahme zu den Bereichen Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie auszuarbeiten. Bereits liegen – vom Delegiertenrat der Partei gutgeheissene – Aussagen zur Fortpflanzungsmedizin vor, die später durch solche zur Gentechnologie ergänzt werden sollen.

Die freisinnigen Überlegungen wurden an einer Pressekonferenz vorgestellt. Die Präsidentin der Arbeitsgruppe, Grossrätin Dr. Stefanie Mörkofer-Zwey (Kaiser-Augst AG), fasst die zehn wichtigsten Punkte des Grundlagenpapiers zusammen:

1. Die Methoden der künstlichen Fortpflanzung (Insemination, In-vitro-Fertilisation mit Embryotransfer, intratubarer Gametentransfer) dürfen bei Ehepaaren und Konkubinatspaaren angewendet werden, sofern eine entsprechende Indikation (Unfruchtbarkeit, Vermeidung schwerer Erbkrankheiten) vorliegt. Als Voraussetzung soll bei Konkubinatspaaren für den sozialen Vater eine Pflicht zur Anerkennung des Kindes eingeführt werden, während die Möglichkeit einer Vaterschaftsklage bei heterologer Insemination aufgehoben werden soll.

2. Alle Methoden sollen sowohl homolog (mit Ei- und Spermazellen des betroffenen Paares) als auch heterolog (mit Spermazellen bzw. gespendeten Eizellen) angewendet werden dürfen. Hingegen wird eine Embryonenspende ausgeschlossen.

3. Gewerbliche Leihmutter-schaft soll nicht zugelassen werden.

4. Die Samenspende wie auch die Eizellspende sollen unentgeltlich erfolgen. Ein Handel mit Ei- und Spermazellen soll ausgeschlossen werden. Die Spenderselektion und -kontrolle sowie die Aufbewahrung von Keimzellen ist in geeigneter Weise zu regeln. Insbesondere muss sichergestellt



werden, dass eine Spenderselektion durch die behandelten Paare ausgeschlossen wird.

5. Die Anonymität des Samenspenders soll gelockert werden. Nach dem 20. Altersjahr soll ein heterolog gezeugtes Kind die Identität seines biologischen Vaters erfahren können, wenn der Samenspender keine schützenden Gründe gegen die Bekanntgabe seiner Identität geltend machen kann. Die Regelung für Eizellspenden ist analog zu gestalten.

6. Bei der In-vitro-Fertilisation ist die Entstehung überzähliger Embryonen nach Möglichkeit zu vermeiden. Sind bei der Befruchtung trotzdem mehr lebensfähige Embryonen entstanden, als eingepflanzt werden können, dürfen diese nur während der laufenden Behandlungsperiode durch Gefrieren konserviert werden. Eine Aufbewahrung für eine weitere

Schwangerschaft soll nicht gestattet sein.

7. Überzählige Embryonen dürfen nicht gehandelt werden. Sie sollen jedoch in folgenden Fällen für Forschungszwecke eingesetzt werden dürfen: a) zur Verbesserung der Überlebenschancen eingepflanzter Embryonen. b) in Ausnahmefällen, wenn hochrangige Ziele der medizinischen Forschung auf keine andere Weise erreicht werden können. In beiden Fällen sollen Projekte nur durchgeführt werden dürfen, wenn eine ethische Kommission die Projekte beurteilt und genehmigt hat und wenn die Eltern der geplanten Verwendung der Embryonen zustimmen. Für Forschungszwecke verwendete Embryonen dürfen nicht eingepflanzt werden, und der Beobachtungszeitraum in vitro darf 14 Tage nicht übersteigen. Die Herstellung von Embryonen eigens für Forschungszwecke ist abzulehnen.

8. Jegliche Veränderung des Erbmaterials von Keimzellen und Embryonen ist zu verbieten.

9. Pränatale Diagnosen sollen nur durchgeführt werden können, wenn eine schwere Schädigung des heranwachsenden Kindes möglich erscheint und wenn die Mutter dieser Untersuchung zustimmt. Einer pränatalen Diagnose sollte eine eingehende Beratung vorausgehen. Weder Personen, die sich für noch solche die sich gegen eine pränatale Diagnose entscheiden, dürfen irgendwelchen diskriminierenden Bedingungen ausgesetzt sein. Die Solidarität der Gesellschaft gegenüber Behinderten darf durch

Die FDP-Stellungnahme zur Fortpflanzungsmedizin sowie die Referate an der Pressekonferenz werden zusammen mit einem Anhang, der Begriffe erläutert, in einer Nummer von der FDP der Schweiz herausgegebenen Vierteljahresschrift «Politische Rundschau» veröffentlicht. Nichtabonnenten können dieses nach Mitte Dezember erscheinende Heft mit untenstehendem Talon bestellen.

die Möglichkeit der pränatalen Diagnostik nicht beeinträchtigt werden.

10. Die Kosten für Sterilitätsbehandlungen mit den Methoden der künstlichen Fortpflanzung sind durch die Krankenkassen zu übernehmen, sobald die Erfolgsrate der neuen Methoden sich der natürlichen Befruchtungsrate nähert (ca. 30%). Ebenso ist die Finanzierung von Massnahmen im Zusammenhang mit der pränatalen Diagnostik und der genetischen Beratung zu regeln.

Darum Nein zur sechsten Überfremdungs-Initiative

Keine Rosskur in der Ausländerpolitik

Volk und Stände sind aufgerufen, über die sechste Überfremdungs-Initiative, eingereicht von der Nationalen Aktion, zu entscheiden. Diese ist – obwohl sie bei oberflächlicher Betrachtung harmlos erscheint – nicht weniger masslos und gefährlich als ihre Vorgängerinnen. Dieser Ansicht ist FDP-Nationalrat Ulrich Fischer, Seengen AG.



Bei Annahme der Initiative müsste der Bestand der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung in den nächsten 15 Jahren um rund 290 000 auf 726 000 abgebaut und die Zahl der Saisonbewilligungen in den nächsten vier Jahren von gegenwärtig 157 000 auf 100 000 herabgesetzt werden. Schliesslich wäre ebenfalls innert vier Jahren der Grenzgängerbestand von 122 000 um 32 000 auf 90 000 zu reduzieren.

Verlust von Know-how ...

Es liegt auf der Hand, dass diese Rosskur verschiedene Zweige unserer Wirtschaft ernsthaft gefährden würde. Eine solche Herabsetzung der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte würde sich namentlich in der Textil- und Bekleidungsindustrie, im Baugewerbe, im Gesundheitswesen und im Gastgewerbe besonders nachteilig auswirken. Hauptleidtragende wären die wirtschaftlich schwächeren, auf den Tourismus angewiesenen Regionen des Landes. Der Mangel an ausländischen Arbeitskräften würde die Produktionskosten erhöhen, den inflatorischen Druck verstärken, die Konkurrenzfähigkeit unserer Produkte und Dienstleistungen schwächen und damit unsere Exportmöglichkeiten beeinträchtigen.

Unsere Wirtschaft, Hochschulen und Forschung sind auf ausländische Spezialisten angewiesen. Die Beschränkung der Aufenthaltserlaubnisse für Ausländer im Sinne der Initiative würde

dazu führen, dass unser Land Forschung und Entwicklungsaufgaben und damit auch technisches Wissen verlore. Mit der Abwanderung von Know-how ginge die Schweiz eines Teils ihres wohl wichtigsten Rohstoffs verlustig.

... und internationaler Glaubwürdigkeit

Eine Annahme der Initiative müsste zu einer Kündigung der heute gültigen Abkommen mit Italien, Frankreich und Spanien führen. Die völkerrechtliche Glaubwürdigkeit der Schweiz und ihr Wille zur Einhaltung internationaler Verträge würde in Frage gestellt. Nachdem die Vervollendung des europäischen Binnenmarktes die Schweiz ohnehin vor grosse Anpassungsprobleme stellt, wäre es ein Schildbürgerstreich, diese noch durch eine nationalistische, isolationistische und letztlich auch unmenschliche Ausländerpolitik zu vergrössern.

Die schweizerische Ausländerpolitik hat sich im grossen und ganzen bewährt und sollte weitergeführt werden können. Eine Annahme der Initiative würde indes zu wirtschaftlichen Störungen führen und auch Arbeitsplätze von Schweizern gefährden. Sie hätte nachteilige Auswirkungen auf die Sozialversicherung und das Bildungswesen. Unsere Beziehungen zu anderen Staaten würden beeinträchtigt, was im Zeitalter der beschleunigten europäischen Integration besonders unerwünscht wäre. Aus all diesen Gründen ist die sechste Überfremdungs-Initiative abzulehnen.

Der Freisinn

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: Christian Beusch. Für die Kantonsseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung: OFA Orell Füssli Werbe AG, Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich, Telefon (01) 251 32 32.

Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.-, Jahresabonnement Fr. 20.-.

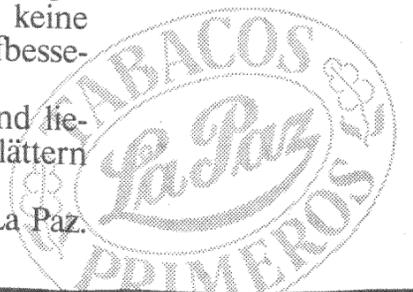
La Paz macht sie wild.



Unverfälscht wild. Aber doch aromatisch leicht. Das sind Wilde Cigarillos von La Paz. Die ein Büschel am Brandende freilassen, das ein Stück wilder Natur nach aussen kehrt. Weil sie zeigen dürfen, dass sie aus einer Mischung dutzender, nur reiner Tabake gemacht sind. Und deshalb keine künstliche «Geschmacksaufbesserung» nötig haben.

Sorgsam mélangiert und liebevoll mit kostbaren Deckblättern umhüllt. Ehrlich eben.

Wilde Cigarillos von La Paz. Ehrlichkeitshalber.



Cigarros Autenticos.

Sondernummer der «Politischen Rundschau»

«Die Familie aus freisinniger Sicht»

Materialien, Positionen und Grundsätze zu einer Familienpolitik aus freisinniger Sicht erarbeitete eine Arbeitsgruppe der Schweizerischen Vereinigung Freisinnig-Demokratischer Frauen (SVFF), die in einer Sondernummer der von der FDP der Schweiz herausgegebenen Vierteljahreszeitschrift «Politische Rundschau» veröffentlicht wurden. Bundesrätin Elisabeth Kopp hält im Geleitwort dazu fest:



Kopp: Es braucht eine freisinnige Familienpolitik.

Braucht die freisinnige Partei eine Familienpolitik? In einer Zeit, wo sich auch Politiker und politische Gruppierungen vermehrt spezialisieren, ist diese Frage gestattet. Sie wird sogleich und überzeugt mit Ja beantwortet.

Unsere Partei nimmt zu allen politischen Fragen Stellung. Sie vertritt liberales Gedankengut in sämtlichen Bereichen des modernen Lebens. Die meisten politischen Sachfragen haben Einfluss auf die Institution Familie. Familienpolitik nimmt daher einen prominenten Platz im Programm der FDP ein.

Im Zentrum des modernen Liberalismus steht die Freiheit des Menschen. Diese Freiheit muss getragen werden von der Verantwortung für die andern wie für sich selbst. Verbunden mit der Freiheit der einzelnen Menschen ist die Gleichheit vor dem Gesetz, in der Politik, in der Wirtschaft und im gesellschaftlichen Leben. Gleichheit bedeutet jedoch nicht Gleichmacherei, sondern und vor allem Chancengleichheit der einzelnen Menschen als individuelle Persönlichkeiten.

Die erhöhte Lebenserwartung, die Reduktion der Kinderzahl pro Familie, der technische Fortschritt im Haus und an den Arbeitsplätzen, die fortschreitende Gleichberechtigung konnten nicht ohne Einfluss auf die Familien bleiben. Frauen treten vermehrt aus dem privaten Bereich heraus und nehmen in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft verantwortungsvolle Stellen ein. Gleichzeitig ist bei Männern eine verstärkte Bereitschaft festzustellen, sich im privaten Bereich zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen. Die logische Folge davon ist die Ablösung der patriarchalen Ehe und Familie durch eine partnerschaftliche Gemeinschaft.

Neben der Einheit Eltern/Kinder, der Familie, die auch unse-

rem Familienrecht zugrunde liegt, werden immer wieder neue Formen des Zusammenlebens erprobt. Zum Teil haben sie sich in der gesellschaftlichen Realität behauptet. Konkubinate, Wohngemeinschaften aller Ausprägungen, freiwillig und unfreiwillig alleinerziehende Elternteile sind alltägliche Erscheinungen, die zunehmend akzeptiert werden.

Zum wohlverstandenen Liberalismus gehört Offenheit und Toleranz, Offenheit gegenüber dem gesellschaftlichen Wandel und Toleranz gegenüber Lebensweisen, die nicht mit der eigenen übereinstimmen. In der freisinnigen Gesellschaftspolitik finden daher sowohl die traditionellen Formen des Familienlebens als auch neue Formen des Zusammenlebens ihren Platz.

Nach wie vor kommt jedoch der Familie in unserer Gesellschaft zentrale Bedeutung zu. Sie bietet den Menschen Geborgenheit und Halt, Entfaltungsfreiheit und eine soziale Ordnung. In der letzten Zeit sind wichtige Gesetzesrevisionen verwirklicht worden, die den Anliegen der Familie im veränderten Umfeld Rechnung tragen. Das neue Kindesrecht hat die Diskriminierung der ausserhehlich geborenen Kinder beseitigt, das neue Ehegesetz bietet die Grundlage zu einer partnerschaftlichen Gemeinschaft. Die erste Etappe der Revision des Bürgerrechtsgesetzes erlaubt es der mit einem Ausländer verheirateten Schweizerin, ihr Bürgerrecht an ihre Kinder weiterzugeben. Zentrale Anliegen der freisinnigen Familienpolitik müssen nun im Bereich der Sozialversicherung Gesetz werden. Gerade hier darf die FDP mit Stolz auf eine lange Tradition zurückblicken, hat sie doch bereits 1904 die Forderung nach einer Alters- und Hinterbliebenenversicherung in ihr Programm aufgenommen und später an deren Verwirklichung engagiert mitgewirkt.

Die Beiträge in der «Politischen Rundschau» zeigen das weite Spektrum der familienpolitisch bedeutsamen Themen. Sie bereiten das Terrain vor, auf dem die offene Familie in der heutigen Zeit gedeihen wird. Der Mensch als freies, selbstverantwortliches Wesen soll sich sein Leben in der Familiengemeinschaft nach seinen Bedürfnissen und Möglichkeiten einrichten können. Die besten Bedingungen dafür will die FDP mit ihren familienpolitischen Zielen gewährleisten.



Überaus animiert verlief ein vom FDP-Presserverband organisiertes Streitgespräch zur sogenannten Stadt-Land-Initiative. Daran nahmen teil (v. l. n. r.): FDP-Ständerat Riccardo Jagmetti sowie der liberale Waadtländer Ständesvertreter Hubert Reymond als Gegner, Thierry Oppikofer als Gesprächsleiter, Bundesrätin Elisabeth Kopp, Gottlieb F. Höpli (Vizepräsident des Verbandes) sowie als Befürworter die Nationalräte Paul Rechsteiner (SP, SG) und Laurent Rebeaud (GPS, GE). (Photo ruti)

«Tatsachen und Meinungen zur Bodenfrage»

«Tatsachen und Meinungen zur Bodenfrage»: Unter diesem Titel ist soeben eine neue Publikation aus der Feder von Dr. Rudolf Rohr zur Bodenfrage erschienen. Auf rund 300 Seiten werden Fakten veröffentlicht, die zu einer Versachlichung der Bodenrechtsdiskussion beitragen sollen. Die Bodenreformvorschläge werden aus freiheitlich-marktwirtschaftlicher Sicht analysiert.

Wussten Sie, dass ...

- 39 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer 1980 in den eigenen vier Wänden lebten?
- die institutionellen Anleger 1986 nur gerade 10 Prozent des Gesamtwohnungsbestandes der Schweiz besaßen?

● die öffentliche Hand als grösster Grundeigentümer in Zürich 60 Prozent, in Basel 63 Prozent des Bodens besitzt?

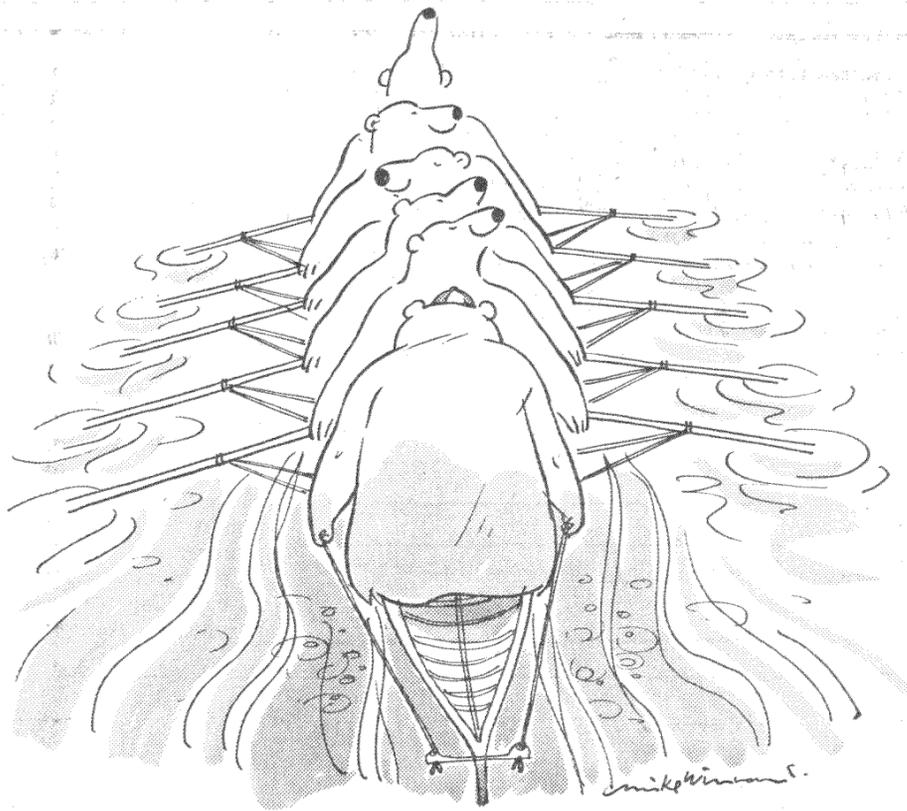
● Bund, Kantone und Gemeinden fast dreimal soviel Landwirtschaftsland besitzen wie alle übrigen juristischen Personen zusammen?

● die Bodenpreissteigerung im Kanton Zürich in den siebziger Jahren deutlich schwächer als die Steigerung der Konsumentenpreise ausfiel?

● die steuerliche Belastung des selbstbewohnten Grundeigentums im Vergleich zum Ausland wegen der Eigenmietwertbesteuerung und verschiedener Sondersteuern verhältnismässig hoch ausfällt?

Auf diese und zahlreiche weitere Fragen rund um das Bodenrecht und die Wohnwirtschaft gibt die umfangreiche und gut dokumentierte Publikation des freisinnigen aargauischen Grossrates Dr. Rudolf Rohr, Direktor des Redressement National und Geschäftsführer der Schweizerischen Zentralstelle für Eigenheim- und Wohnbauförderung, Auskunft. In der brisanten Diskussion um die Stadt-Land-Initiative, das bäuerliche Bodenrecht sowie die Revision des Raumplanungsgesetzes dient die profunde Analyse des Ist-Zustandes als eigentliche Fundgrube an Fakten und Argumenten.

«Tatsachen und Meinungen zur Bodenfrage» ist von Rudolf Rohr im Verlag Sauerländer erschienen.



Teamwork lohnt sich.

Gerade in turbulenten Zeiten brauchen Sie eine solide und individuelle Beratung im Sinne der klassisch konservativen Schweizer Tradition. Die Bank Julius Bär, eine der führenden Schweizer Privatbanken mit Sitz in Zürich sowie Niederlassungen in London und New York, hat über 40 Jahre Erfahrung in der internationalen Vermögensverwaltung. Unser bewährtes Team verfolgt weltweit das primäre Ziel, das Vermögen der Kunden zu erhalten und zu mehren. Mit einer zwar konservativen, aber dennoch innovativen Anlagepolitik.

JB^{co}B

BANK JULIUS BÄR

For the Fine Art of Swiss Banking

Zürich, Bahnhofstrasse 36, 8010 Zürich · Genf · London · New York

Ich bestelle ... Ex. «Politische Rundschau»: «Die Familie aus freisinniger Sicht» (Fr. 5.- je Exemplar)

Name, Vorname

Strasse

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Bitte einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern.